

Der Hindukusch braucht eine Schweiz

Afghanistans geografischer Spagat muss durch Neutralität überwunden werden.

Von [Omar Samad](#) | 27.02.2014



So rein ästhetisch stimmt es schon mal: Afghanisches Alpenpanorama.

Afghanistans Sorgen und Probleme sind alles andere als neu. In seiner Geschichte hat das Land unter den geografischen und geopolitischen Konstellationen und der Abwesenheit einer umfassenden regionalen Sicherheitsarchitektur gelitten, die internationale und heimische Unterstützung für anhaltende politische Stabilität und Wirtschaftswachstum sicherstellen konnte.

Mit dem Abzug der US- und NATO-Truppen in diesem Jahr wird erneut eine unsichere Zukunft erwartet, zumal sich das Land mit hartnäckigen Aufständischen konfrontiert sieht, die auch über regionale Unterstützer verfügen. Der Versuch, ein Nullsummenspiel durch Stellvertreterkriege zu gewinnen, hat jedoch bisher keiner Seite genutzt und enthält der Region eine erzielbare wirtschaftliche und soziale Dividende vor.

Doch diese Realität ist nicht in Stein gemeißelt. Erforderlich wäre die Entwicklung und Umsetzung eines Modells für Afghanistans Zukunft, das im Land und in der Bevölkerung verankert ist und auf Zusammenarbeit setzt. Als Beispiele hierfür könnten die neutralen Staaten wie die Schweiz dienen, aber auch Österreich und einige andere Länder.

Afghanistan als Pufferstaat

Die geografische Realität des modernen Afghanistan ist seit langem durch die Rolle als Tor zur berühmten Seidenstraße bedingt, die von Eroberern aus allen Richtungen, von menschlichen Wanderungsbewegungen und sogar von Nomaden genutzt wurde und wird.

Die nicht-kolonisierten Afghanen, relativ isoliert und empfindlich gegenüber ausländischer Intervention, erfuhren Modernisierung und Zentralisierung von Macht im Staat erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts



Auf dieser geostrategischen Kreuzung, die den Nahen Osten mit Zentralasien und dem indischen Subkontinent verbindet, durchlebte Afghanistan zahlreiche militärische Kampagnen, angefangen von Alexander und seiner makedonischen Armee, Arabern, Dschingis Khan sowie in der jüngeren Geschichte die Sowjetunion, die NATO und radikale Muslime in der Form von al-Qaida und regionalen militanten Gruppen.

Die politische Geschichte des modernen Afghanistan beginnt im Jahr 1709 als die Hotaki-Dynastie in Kandahar etabliert wurde, gefolgt durch den Aufstieg des durranischen Reiches 1747, durch das der erste afghanische Staat gebildet wurde.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde Afghanistan zu einem Pufferstaat im „großen Spiel“ zwischen Großbritannien (als Kolonialherrscher Indiens) und dem expansionistischen russischen Reich.

Koloniale Auseinandersetzungen zwangen die Afghanen, Teile ihres Landes abzugeben und eine neue Landkarte Afghanistans bestimmt die heutigen Grenzen des Nationalstaates seit dem Ende des 19. Jahrhunderts.

Die nicht-kolonisierten Afghanen, relativ isoliert und empfindlich gegenüber ausländischer Intervention, erfuhren Modernisierung und Zentralisierung von Macht im Staat erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts, zu einem Zeitpunkt an dem auch die Idee der Neutralität (später die der Blockfreiheit) Wurzeln schlug.

Zwischen den Blöcken zerrieben

Als Teil eines neuen Balanceaktes schloss sich Afghanistan während des kalten Krieges keinem der beiden militärischen Blöcke an. Später führte die amerikanische Weigerung, das Land in den fünfziger Jahren als Verbündeten zu akzeptieren, zu der sowjetischen Bereitschaft, der militärische Hauptunterstützter und Ausbilder Afghanistans zu werden – was Afghanistan in die sowjetische Einflussosphäre rückte.

Später erleichterte dies den Staatsstreich eines pro-Sowjetisches Regime im Jahr 1978, obwohl die neuen Machthaber sich weiterhin der Blockfreien Bewegung zugehörig fühlten während sowjetische Truppen das Land besetzten und gegen eine nationale Rebellion kämpften.

Dieser ein Jahrzehnt währende Krieg verwandelte Afghanistan in einen „failed state“, der seitdem in einem teilweise von regionalen Rivalitäten befeuerten Sumpf von Aufständen und Widerstandskämpfen steckt.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 rückte Afghanistan abermals in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit. Unter einem Mandat der Vereinten Nationen bemühten sich die NATO und andere Länder, die Taliban-Milizen und al-Qaida von der Macht zu verdrängen, und erneut ein demokratisches Afghanistan aufzubauen.

Der Widerstand radikaler Gruppen, die auch aus Schutzzonen in den Grenzgebieten operierten und Versuche der Taliban Territorium zurückzuerobern, resultierten in einem festgefahrenen Konflikt niedriger Intensität, der das Land auch vor dem Hintergrund des Abzugs der Truppen bis zum Ende

2014 in seinen Klauen hält.

An der ökonomischen Front ist Afghanistan trotz nun bekannter umfangreicher Ressourcen ein zutiefst abhängiges Land, mit knappen Produktionsmitteln und nur geringer Einkommensgenerierung.

Heutige Herausforderung, morgige Chance

Vor diesem Hintergrund lautet die Frage: Was können wir aus der Vergangenheit lernen und was kann gemeinschaftlich erarbeitet werden, um die Entwicklung einer stabilen Region zu ermöglichen, die stärker auf ökonomische Kooperation abzielt und auf soziale Mobilität, und weniger auf Konflikt und Stagnation?

Afghanistans Erfahrung als Pufferstaat oder mit zeitweiliger Neutralität und Blockfreiheit zeigte bislang gemischte Resultate, da sie außerhalb eines legalen Rahmens und internationaler Unterstützung und Garantien stattfand.

Der demographische Wandel im Land, die Kräfte der Globalisierung und Ausbildungsmöglichkeiten ergänzt durch relativ freie Medien haben jedoch die Erwartungen für Frieden und Menschenrechte steigen lassen.



Regimewechsel und politische Fluktuation seit den 1960er Jahren haben die Afghanen absoluter und konstitutioneller Monarchie, Autoritarismus, Marxismus und verschiedenen Versionen des Islamismus (einschließlich Talibanismus) ausgesetzt, bevor eine neue Verfassung 2002 demokratische Reformen einführte.

Die afghanischen Regierungen waren bisher entweder zu schwach, befanden sich in einem Konflikt oder unter ausländischem Einfluss. Der demographische Wandel im Land, die Kräfte der Globalisierung und Ausbildungsmöglichkeiten ergänzt durch relativ freie Medien haben jedoch die Erwartungen für Frieden und Menschenrechte steigen lassen.

Traditionelle Sicherheitsarchitekturen sind in dieser Situation nicht länger tragbar und passen sich nicht angemessen dem sozialen Wandel und den veränderten ökonomischen Ansprüchen an. Ein neues Denken erfordert daher eine vielschichtige Interaktion und einen Dialog, der einen Paradigmenwechsel herbeiführt, hin zu Vertrauensbildung, Zusammenarbeit und dem Überwinden von wahrgenommenen oder realen Bedrohungen.

Die Schweiz Zentralasiens?

Wie im Falle anderer Nationen in geografisch schwieriger Lage, so sollte auch für Afghanistan als Teil eines langjährigen Prozesses, in einem legalen Kontext und mit internationalen Garantien, eine selbstgewählte Neutralität als reale Option von allen Stakeholdern eruiert werden.

Ein solches Vorhaben würde zunächst eine souveräne afghanische Entscheidung benötigen, das mit einem regionalen Abkommen, das von der internationalen Gemeinschaft garantiert wird und auf einem für alle Parteien akzeptablen Zeitplan beruht, abgesichert werden müsste. Dies wäre Teil eines langen und herausfordernden Prozesses, der inklusiv und umfassend sein muss.

Die Unfähigkeit, solch eine anhaltende Lösung umzusetzen, würde Afghanistans geographische Ambivalenz aufrechterhalten und verstärken, wie es in der Geschichte bereits häufig geschehen ist. Im Interesse aller Stakeholder und im Hinblick auf einen anhaltenden Frieden und Wohlstand sollte

dies um jeden Preis verhindert werden.